

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Verbandschrift: Reichsdruckerei
Verlagsnummer: 20 241
Für die Nachlieferung: 20 011

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marie-Anne-Str. 44
Druck u. Verlag von **Wegsch & Reichardt** in Dresden
Pollich-Str. 106 b Dresden

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. Februar 1927 bei täglich einmaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Postbezugspreis für Monat Februar 1 Mark ohne Postzustellungsgebühr Einzelnummer 15 Pfennig. Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die einseitige 30 mm breite Zeile 40 Pfg., für auswärts 55 Pfg. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 mm breite Reklamazeile 150 Pfg. außerhalb 200 Pfg. Obergrenze 10 Pfg. Auswärtige Zusätze gegen Vorauszahlung. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdener Nachrichten“ zulässig. Unautorisierte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tea mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekannt vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Ausklang der großen Debatte im Reichstag.

Englisches Schwanken in der China-Politik. — Evangelischer Kirchenausschuß für Genf.

Das Ergebnis der Aussprache.

Wenn man von der Aussprache über die Regierungserklärung im Reichstage ein zutreffendes Bild zeichnen will, so muß man die staatspolitischen Entstellungen der Vorkriegszeit aus dem Spiele lassen; Entstellungen, denen leider auch ein führendes Zentrumblatt durch wenig freundliche Sarkasmen, die sich gegen die Rede des Grafen Westarp richteten, eine gewisse Unterstützung geleistet hat. Die Wahrheit ist, daß der Führer der Deutschnationalen von seinem Standpunkte aus gar nicht anders sprechen konnte als er es getan hat. Die richtige Beurteilung ergibt sich aus dem, was der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Scholz gesagt hat, in dessen Ausführungen auch nicht ein Duzend von Mißbehagen über die Rede des deutschnationalen Führers zum Ausdruck kam. Dr. Scholz behauptete im Gegenteil mit besonderer Klarheit seine „große Freude“ darüber, daß die Deutschnationale Volkspartei sich entschlossen habe, mit der befreundeten Nachbarpartei zusammen die Verantwortung für die deutschen Geschicke zu tragen. Damit verband der Vorkämpfer der volksparteilichen Fraktion, dessen Insterburger Rede der Sozialdemokratie den Anlaß zur Verbeiführung der Regierungskrise gegeben hatte, ein warmes Glückwunschwort für die Deutschnationalen zur gemeinsamen Arbeit und Kennzeichnung dadurch den Geist der bürgerlichen Solidarität, aus dem die neue Partei- und Regierungskoalition geboren ist und der sie dauernd beherrschen muß, wenn sie segensreiche Wirkungen für die Zukunft unserer Nation aus äußerem und innerem Gebiet zeitigen soll. Nachdrücklich haben denn auch selbst die Demokraten zugegeben, daß die Gerüchte von ernstlichen Unfruchtbarkeiten innerhalb der Regierungskoalition wegen der Westarp-Rede auf tendenziöser Aufschaukelung beruhen. Die völlige lückenlose Geschlossenheit der jetzigen Gruppierung unter zielbewusster Zurückhaltung alles Trennenden und die kühnste Bestimmung dessen, was um so notwendiger, als nach den geltenden Bestimmungen der Satz der Regierung durch einstimmige Mehrheit erzwungen werden kann. Dieser wurde Punkt 10 im Verlaufe der jetzigen Krise bereits mehrfach berührt worden, und es wurde u. a. der Vorschlag gemacht, mit dem herrschenden parlamentarischen System zu brechen und der Regierung für die ganze Dauer einer Legislaturperiode die Unabsetzbarkeit zu verleihen; der Reichstag sollte dann nur das Recht behalten, bei Beginn einer neuen Legislaturperiode den Rücktritt der Regierung zu fordern. Dr. Scholz hat solche weitergehenden Pläne nicht einmal gestreift, wohl aber — und das verdient bei der hervorragenden Stellung dieses Parteiführers stark bemerkt zu werden — betont, daß die Erfahrungen der letzten Krise für eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und für die Befestigung eines verfassungsmäßigen Bundespräsidenten, der zu dem spirituellen Worte von „Ministern auf tägliche Kündigung“ Anlaß gegeben hat. Es ist in der Tat eine staatspolitische Notwendigkeit, daß die Vorschläge für den Sturz einer Regierung durch den Reichstag verschärft werden, und zwar zum mindesten durch Einführung der Zweidrittelmehrheit.

Wenn Dr. Scholz mit Genauigkeit feststellte, daß eine grundsätzliche Einigung aller staatsbehaltenden Parteien zum Schutze der Verfassung und ihrer Symbolik erzielt worden sei, so klang bei der Erörterung der Schulfrage ein leiser besorgter Unterton durch in dem nachdrücklichen Hinweis auf die Bestimmung der Verfassung, daß die Schule eine staatsrechtliche Einrichtung ist. Diese Bemerkung zielt nicht bloß auf das Reichsschulgesetz, sondern auch auf die Frage eines Reichsschulrats mit der Kurie, die in nicht allzu ferner Zeit aktuellen Charakter anzunehmen droht.

Überhaupt hat in der Aussprache die Sozialdemokratie abgesehen. Das war auch angesichts der blamablen Rolle, welche diese Partei in der Krise gespielt hat, nicht anders zu erwarten. Wenn selbst ein Mann wie der Abgeordnete Müller-Frank, dem es sicher nicht an Geist und Willen gebricht, nichts Besseres zu tun wußte, als daß er seine Partei in die Lage des ungeschützten Opferlammes bürgerlicher Niedertracht hineingeworfene: „Wir waren zur Mitarbeit bereit. Man hat uns unter dem Druck des Volksparteibürgers als zurückgewiesen“, so ist das ein schlagender Beweis für die tödliche Verlegenheit, in der sich die Sozialdemokratie durch ihre eigene Schuld befindet. Es bedarf nur eines knappen Rückblicks, um

zu erkennen, in welchem Maße diese Partei fortgesetzt Fehler auf Fehler gehäuft und sich außerhalb jeder Verantwortung für die staatspolitischen Notwendigkeiten gestellt hat. 1923 führte sie das Kabinett Birtz, weil sein Führer die Weimarer in die Große Koalition überführen, also die Deutsche Volkspartei mit in die Regierung hereinnehmen wollte. Das war die erste Wirkung der kurz vorher vollzogenen Vereinigung der Sozialdemokratie mit den Unabhängigen, die nun nach der alten Regel, daß der Radikalere immer den Radikalen frist, sich mehr und mehr der Leitung der Partei bemächtigen und ihr die verhängnisvolle Richtung zu den Kommunisten hin gaben. Auf diesem Wege geriet die Sozialdemokratie schließlich in das Irrefeld der Agitation für die entschuldigungslose Enttarnung des Fürkennungsvermögens Arm in Arm mit den Kommunisten, mit denen an Radikalismus in der Unerschütterlichkeit der Massenbegehrlichkeit zu weitestgehenden für einseitige Bekämpfung war. Jedes Verantwortungsgefühl hat die radikalisierte Sozialdemokratie von sich geworfen, um sich hemmungslos in den Strudel der Agitation hängen zu lassen. Durch dieses verwerfliche Verfahren hat sie gerade das erreicht, was sie immer als reaktionäres Schreckgespenst an die Wand zu malen pflegte und was sie daher von ihrem Standpunkte aus eigentlich mit taktischer Klugheit hätte verhindern müssen: den „Bürgerkrieg“.

Es ist grotesk, wenn die Redner gerade dieser verantwortungsbeholdenen aller Parteien sich jetzt im Reichstage als potentierte Republikführer aufzuspielen wagen. Ihnen sei unter die Nase gerieben, was jählich die linkssozialistische „Gemeinliche Volkstimme“ schrieb: „Die Arbeiterklasse hat mit dieser Republik nichts zu tun. Sie weiß, daß der Staat, den sie erträgt, ein anderes Gesicht hat, als es das der Republik von heute ist.“ Damit ist auch jene bestätigt, daß die Sozialdemokratie die bürgerliche Republik lediglich als ein Übergangsstadium betrachtet, das sie bloß deshalb vorläufig erträgt, weil sie von da aus leichter als vom monarchischen Staate aus zu dem Ziele der sozialistischen Republik zu gelangen hofft. Dieses offene Bekenntnis ist bedeutsam auch mit Bezug auf das Regierungsprogramm, insoweit darin vom Republikstufung und von der Ausschließung aller verfassungsfremden Elemente von der Ammerbung für die Reichswehr die Rede ist.

Ein kleines Zwischenspiel nach links hin, dem aber nach der ganzen Schöpfung kein allzu großes Gewicht beigelegt werden darf, stellte die Rede des Zentrumsgesandten von Gumbard dar, mit ihrer Betonung der „ganz dünnen“ Trennungslinie nach der sozialistischen und demokratischen Seite hin. Es war mit Sicherheit zu erwarten, daß der Wächter

von den ehemals so stark positionierten Weggenossen nicht ganz lang- und kluglos im Zentrum vor sich gehen würde. Einige Verbeugungen mußten gemacht, einige Verbindlichkeiten gegenüber der Linken gesagt und auch ein leichtes Schwergewicht gegen die neuen deutschnationalen Koalitionsgenossen geführt werden. „Das Gesicht wahren“ sagen in solchem Falle die plötzlich in den Vordergrund des weltpolitischen Geschehens getretenen Chinesen. Alles das hat Herr Gumbard, wie von eingeweihter Seite verraten worden ist, vorher in lockerer Weise mit dem Grafen Westarp besprochen. Ersterer ist schon als kirchenpolitisches Stimmungsmoment zu nehmen, was Gumbard mit polemischer Spitze gegen den Standpunkt des Abgeordneten Dr. Scholz in Sachen des staatlichen Schulautonoms vorbrachte, indem er die unaufrichtige volksparteiliche Auffassung, daß die Schule eine staatsrechtliche Einrichtung ist, als „verfassungswidrig“ bezeichnete. Diese Episode eröffnet einen Ausblick auf die Schwierigkeiten, die bei der Verabschiedung des Reichsschulgesetzes zu überwinden sein werden. Sie sind aber keineswegs unüberwindlich, sondern der Geist der bürgerlichen Gemeinschaft wird sehr wohl imstande sein, die hier vorhandenen Gegensätze in einer für beide Teile annehmbaren Weise auszugleichen. Das gilt um so mehr, je tiefer bei allen Koalitionsteilnehmern das Bewußtsein geht, daß Einzelfragen nicht die höhere staatspolitische Idee führen dürfen, durch welche die neue Koalition zusammengehalten wird und die ihr das Gepräge einer für längere Dauer berechneten Gruppierung gibt. Die Kraft dieser Eindruck auch in urteilsfähigen und nicht vom Parteigeist verblendeten Kreisen der Linken ist, zeigt eine Betrachtung des linkssozialistischen „Volkshaar“, in der es als ein Irrtum gewertet wird, daß die jetzige Entwicklung in absehbarer Zeit wieder rückgängig gemacht werden könne. „Die Bildung dieser Regierung“, heißt es wörtlich, „ist eine prinzipielle Umkehr; eine andere Richtung wurde eingeschlagen, ein anderer dem bisherigen entgegengesetzter Geist will das deutsche Staatswesen durchdringen.“ Gegenüber dieser trefflicheren Beurteilung des mit dem 31. Januar 1927 eingeleiteten Geschickens durch eine nichtbürgerliche Intuition wird der Mißklang der radikalen Panikreden über die angebliche Schwäche der neuen Regierung um so greller. Der große Mißklang mit dem halben Duzend Mißtrauensanträgen, die nicht mit der geringsten Faser im Boden eines wahrheitsgemäßen Erfolges wurzeln, zeugt auch nur von der Gemütsdopplung, in welche die Linke geraten ist. Mag sie weiter lärmen! Die Regierung und die sie stützenden Parteien werden sich dadurch in dem ruhigen Vorwärtsschreiten auf der Bahn ihrer staatsaufbauenden Arbeit nicht stören lassen.

Stegerwalds Ruf nach sozialer Vertiefung.

Deutscher Reichstag.
(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 5. Februar. Präsident Eicke eröffnet die Sitzung des Reichstags um 11 Uhr. Die große politische Aussprache wird fortgesetzt. Mit zur Verhandlung stehen das Vertrauensvotum der Regierungsparteien und die Mißtrauensvoten der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten, ferner der sozialdemokratische Antrag, die Rede des Abg. Graf Westarp auf Reichskosten in allen Gemeinden des besetzten Gebietes öffentlich anzuschlagen. Als erster Redner des heutigen Verhandlungstages nimmt

Abg. Dr. Stegerwald (3.)
das Wort. Er bespricht zunächst die Vorgänge bei der Regierungsbildung und wendet sich gegen die sozialdemokratische Behauptung, daß eine Große Koalition möglich gewesen wäre. Diese Möglichkeit habe trotz aller Versuche nicht mehr vorgelegen. Es blieb schließlich keine andere Lösung übrig, als die gegenwärtige Regierung, die weder der Führung nach, noch nach der Besetzung der wichtigsten Ministerien eine Reichsregierung sei. Praktisch wird von ihr eine ähnliche Politik gemacht werden, wie sie von der Koalition gemacht worden wäre. Der Redner wandte sich gegen die Bezeichnung der neuen Regierung als „Bürgerblock“ durch den sozialdemokratischen Abg. Vandenberg. Die neue Regierungskoalition sei im Gegenteil ein Beweis für den Sinn für Vaterland, Nation, Volk und deutsche Kultur. Mindestens die Hälfte der Wähler der vier Koalitionsparteien sind Arbeitnehmer. Auch die kleinen Bauern und Bürger fristen ihr Dasein ebenso kärglich wie die Arbeiter. Die Bezeichnung „Bürgerliche Partei“ scheint überhaupt mit der Zeit etwas altmodisch zu werden.

Unter den 4,3 Millionen Wählern des Zentrums befänden sich mindestens 1,3 Millionen Arbeiter und Angehörige. Auch unter den Wählern der Deutschnationalen

Partei sind, so betonte Abg. Stegerwald, nach links gewandt, viele Hunderttausende von Arbeitern — und sind denn die Arbeiter keine Bürger?

Wir können doch im neuen Staat, in der Republik, nicht einen Unterschied machen wollen zwischen Bürgern erster und Bürgern zweiter Klasse. (Sehr richtig rechts und in der Mitte.) Schließlich lebt der Mensch doch nicht vom Brod allein. Die Arbeiterfrage hat nicht bloß eine materielle, sondern auch eine große ideelle und ethische Seite. Die christliche Arbeiterbewegung geht da andere Wege als die sozialdemokratische. — Eine Reichstagsausschussung hätte jetzt nach unserer Meinung nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der politischen Gesamtlage gebracht. Die demokratische Partei wäre dabei glatt bezimert, die Deutsche Volkspartei praktisch zu einem Anhängel der Deutschnationalen Partei geworden.

Die Zentrumskraktion des Reichstages stehe seit Jahren einmütig auf dem Standpunkt, daß bis auf weiteres in Deutschland die Große Koalition die richtige politische Kräfteverteilung darstelle. Sie verkenne aber nicht, daß auch bei den Deutschnationalen viele soziale, christliche und bodenständige Kräfte vorhanden sind, mit denen sie gern zusammenarbeiten. Der größere Teil seiner politischen Freunde habe auf dem Standpunkt, daß es für den Augenblick das politische Fortdringliche wäre, die Kräfte von links zur verantwortlichen Staatsverwaltung mit heranzuziehen. Jene Kräfte, die im Maß gegen den Weg aufgewachsen sind, müßten die starke Verantwortung für das Ganze erfahren lernen, da man sonst aus der Atmosphäre des Dasses nicht herauskommen würde.

Es ist nicht wahr, daß die sozialistischen Massen nur aus Nothwendigkeit oder Verdröbenheit an den Marxismus glauben. Deutschland lehnte in den letzten Jahrzehnten eine derartige Entwurzelung der großen Massen, wie kein anderes Land. Staat und Kirche haben das Verhängnis dafür vermieden lassen. Deshalb prägen wir uns dagegen, daß das Staats-